

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Bundespost - Stahlindustrie - Autoabgase - Subventionen - Dollarkurs

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1985) : Kurz kommentiert: Bundespost - Stahlindustrie - Autoabgase - Subventionen - Dollarkurs, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 65, Iss. 4, pp. 165-166

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136026>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bundespost

Zweifelhafte Logik

Im Vorfeld der Anfang Mai im Postverwaltungsrat anstehenden Beratungen über das schnurlose Telefon und das multifunktionale Bildschirmtelefon hat sich der Grundsatzstreit zwischen Wirtschaftsminister Bange mann und Postminister Schwarz-Schilling über die Auf gaben der Bundespost im Bereich Telekommunikation zugespitzt. Der Wirtschaftsminister verlangt, daß sich die Post auf allen neu entstehenden Endgerätemärkten als Mit anbieter strikt zurückhält. Der Postminister hält dagegen, die Post müsse auf diesen Märkten als Mit anbieter aktiv sein, u. a. um die kleinen und mittelständischen Gerätehersteller gegen die übermächtige Konkurrenz der Konzerne zu schützen. Schwarz-Schilling behauptet, damit den Ergebnissen der kürzlich einge setzten Regierungskommission nicht vorzugreifen, die in frühestens zwei Jahren Vorschläge zur Neuordnung des Endgerätemarktes und zum zukünftigen Anbieter verhalten der Post vorlegen soll. Der Wirtschaftsmini ster strebt jetzt eine schnelle Kabinettsentscheidung an, um frühzeitig die Weichen für mehr Marktwirtschaft in diesem Bereich zu stellen.

Über die Kernaufgabe der Bundespost, die für den Infor mationsfluß erforderlichen Leitungsnetze vorzuhalten und weiter auszubauen, besteht ein allgemeiner Konsens. Strittig ist dagegen, ob es auch zu ihren Auf gaben gehört, die spezifische Nutzung der Informa tionskanäle umfassend zu reglementieren. Zweifelhaft erscheint zudem, ob ausgerechnet diesem Monopolun ternehmen die neuerdings von Schwarz-Schilling reklamierte Aufgabe zusteht, den Markt für Endgeräte unter dem Vorwand zu regulieren, damit die kleineren Her steller zu schützen. Mit der gleichen Logik könnte der Staat für sich beanspruchen, als Mitanbieter beispiels weise von Kraftfahrzeugen, Heizungsanlagen oder Elektrogeräten aufzutreten. hn

Stahlindustrie

Gefährliche Forderung

Aufgeschreckt vernahm die deutsche Wirtschaft die jüngste Forderung der IG-Metall: Verstaatlichung der deutschen Stahlindustrie, wobei der zuzubildende Stahl einheitskonzern auch – ohne daß man sich genauer

darüber ausläßt – die Weiterverarbeitung einbeziehen soll. Dabei geht es nicht nur um den Austausch von pri vatem durch öffentliches Kapital. Erhaltung der Stahl standorte und Sicherung der Beschäftigung heißt die Parole, die sich hinter der gewerkschaftlichen Forde rung verbirgt.

Ein Patentrezept? Wohl kaum. Die nach der Verstaat lichung Beamten untergeordneten Stahlunternehmen würden in zunehmendem Maße zu staatlich finanzierten Beschäftigungsinstitutionen verkümmern, denn die Vergesellschaftung brächte keine Tonne zusätzlichen Stahlabsatzes mit sich. Stärker dem Wettbewerb entzogen, bliebe der notwendige Strukturwandel auf der Strecke. Als warnendes Beispiel können hier die ver staatlichten Stahlindustrien in anderen EG-Ländern dienen, die immer stärker zu „Zuschußbetrieben“ mit einer zum Teil kaum noch tragbaren Belastung für die Haus halte jener Länder wurden, ohne daß ein erheblicher Beschäftigungsabbau verhindert werden konnte.

Strukturkonservierung ist Rückschritt. Langfristig sind die notwendigen Anpassungen nicht zu verhin dern. Sozialpolitische Verantwortung zeigt sich gerade darin, daß der Weg für den notwendigen Wandel recht zeitig freigemacht wird. Das schließt auch Maßnahmen wie z. B. Umschulungshilfe für die betroffenen Arbeit nehmer ein. Gerade die Entwicklung der deutschen Stahlindustrie, wo der Strukturwandel beachtliche Fort schritte machte, wo die Unternehmen zusehends wieder schwarze Zahlen schreiben und die Perspektive dauerhaft gesicherter, weil wieder rentabler Arbeitsplätze an Bedeutung gewinnt, zeigt, daß hier kein Feld für Verstaatlichungsexperimente gegeben ist. kr

Autoabgase

Fortschritt im Schneckentempo

Lange Zeit war vor allem der Wald sichtbar Leidtragen der eines mangelnden umweltpolitischen Handlungs willens. Doch schließlich geriet die Automobilindustrie, wegen der die Bundesregierung sich so schwer tat, selbst in Schwierigkeiten, weil durch die Katalysatordis kussion verunsicherte Kunden Kaufzurückhaltung üb ten. Zumindest dafür gibt es nun keinen Grund mehr, nachdem in Brüssel eine europäische Lösung des Ab gasproblems gefunden wurde. Zwar müssen die euro-

päischen Standards erst noch festgelegt werden, so daß eine gewisse Unsicherheit bis Mitte des Jahres bleibt. Aber die Mehrzahl der Autokäufer, mit Motoren bis zu zwei Litern zufrieden, braucht die Entscheidung für den Katalysator nicht mehr jetzt, sondern erst beim übernächsten Autokauf oder – im Falle von Kleinwagen – nie zu treffen. Der Wald wird sich eben noch etwas gedulden müssen.

Sicherlich wäre es ungerecht, das Schneckentempo der Fortschritte allein der Bundesregierung anzulasten. Es war von Anfang an klar, daß die deutschen Vorstellungen auf erbitterten Widerstand bei den drei anderen autproduzierenden Ländern der EG stoßen würden. Dies gilt allerdings nicht zuletzt deshalb, weil in den Augen der Partner Zweifel an der Glaubwürdigkeit des deutschen umweltpolitischen Engagements bestehen, solange auf den deutschen Autobahnen, anders als im übrigen Europa, freie Fahrt herrscht. Wenn Ende dieses Jahres der Großversuch auf deutschen Straßen ausläuft, dürfte es die Bundesregierung nach dem mageren Ergebnis von Brüssel noch schwerer als bisher haben, die mit Sicherheit wieder erhobene Forderung nach Geschwindigkeitsbegrenzungen weiter abzuwehren. ma

Subventionen

Üppiger Nachschlag

In der europäischen Stahlwirtschaft ist eingetreten, was Realisten längst vorausgesagt hatten. Einmal an Subventionen gewöhnt, kommt man – und hier bietet sich der Vergleich zu Drogen an – nur sehr schwer von ihnen los. Obgleich der Beihilferahmen von 1983 mit rund 78 Mrd. DM schon ein erschreckend hohes Volumen aufwies, ist im jüngsten „EG-Stahlkompromiß“ ein üppiger Nachschlag von über 9 Mrd. DM zugunsten der Stahlwirtschaften Italiens, Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs genehmigt worden. Allein der italienischen Stahlindustrie fließen damit 1985 – unter Einbeziehung der freizugebenden Restmittel aus dem Beihilfeprogramm – umgerechnet etwa 15 Mrd. DM zu. Damit kommt bei Finsider heute auf jede DM Umsatz fast eine DM Subvention.

Zwar soll an dem EG-Beschluß, Ende 1985 alle Beihilfen auslaufen zu lassen, festgehalten werden. Nur ausgeprägte Optimisten sehen aber ein Ende jener Entwicklung, die, einem hochrangigen EG-Beamten zufolge, die größte Fehlleitung von volkswirtschaftlichen Ressourcen in der europäischen Wirtschaftsgeschichte darstellt – wenn man einmal von der Landwirtschaft absieht.

Die Bundesrepublik ist keineswegs unschuldig an diesem Prozeß, dessen wettbewerbsverzerrende Wirkungen in der EG vor allem zu Lasten der deutschen Stahlindustrie gehen. Die deutsche Seite hätte – und dies nicht erst in der jüngsten Verhandlungsrunde – mit mehr Härte gegen das Subventionsunwesen in der Gemeinschaft vorgehen müssen, zumal das Recht auf ihrer Seite gestanden hätte. Das wäre nicht nur im deutschen Interesse gewesen. Mittel, die in der Gemeinschaft verschwendet wurden und werden, fehlen, um der industriellen Herausforderung durch Japan und andere Länder wirksam zu begegnen. hk

Dollarkurs

Trendwende?

Bankenkrisen in einem Finanzsystem führen immer zur Verunsicherung der internationalen Anleger. So war die Dollarschwäche im Gefolge der Ohio-Krise wenig verwunderlich, zumal sie auf ohnehin stark verunsicherte Devisenmärkte traf. Eine Reihe von Marktbeobachtern sahen den Kurseinbruch der US-Währung freilich als Beginn der lange erwarteten Trendwende. Sind diese Hoffnungen auf eine Korrektur des vielfach als überhöht angesehenen Dollars aber begründet?

Für eine Trendwende gibt es zwar nach wie vor gute Gründe, wie z. B. die nachhaltig schwache US-Leistungsbilanz- und Haushaltsposition. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre stehen ihnen jedoch gewichtiger Argumente gegenüber. Das wichtigste ist das im Vergleich zu den übrigen Industrieländern (einschließlich der Bundesrepublik) immer noch hohe US-Wirtschaftswachstum und im Verein damit die relativ hohen Gewinne und Renditen. Hohe Unternehmensrenditen ermöglichen den US-Unternehmen gute und gegenüber Staatsanleihen konkurrenzfähige Anleihekonditionen. Dies hält amerikanisches Kapital im Land und macht Dollarkurseinbrüche kalkulierbar. Bei relativ sicher abschätzbaren Kursrückgängen der US-Währung werden auch weiterhin internationale Anleger Dollaranlagen bevorzugen. Zusätzlich gibt es zur Zeit keinen plausiblen Grund anzunehmen, daß der US-Geldpolitik die Preisentwicklung entgleitet.

Fazit: Die Wechselkursschwankungen werden bei der herrschenden Interventionspraxis der Zentralbanken weiterhin bleiben; die Trendwende hängt jedoch davon ab, ob es den europäischen Industrieländern durch eine konsequente Wirtschaftspolitik gelingt, das Wachstum und die realen Renditen in ihren Ländern nachhaltig zu verbessern. ww